

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/07/2010

über die öffentliche Sitzung des
Finanzausschusses am 26.10.2010,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg

Herr Tobias Koch

Herr Detlef Levenhagen

Herr Horst Marzi

Frau Birte Voss

i. V. f. Herrn Langbehn

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt

Herr Michael Stukenberg

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Werner Bandick

Herr Thomas Bellizzi

Frau Christa Reichardt

Herr Max Rünzel

Bürgervorsteher

ab 20:30 Uhr

Seniorenbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Horst Kienel

Frau Angela Haase

Herr Mathias Schuster

Herr Peter Röckendorf

Berichterstatter

Auszubildender

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Dirk Langbehn

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06 vom 31.08.2010
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Finanzierung der Stiftung Schloss Ahrensburg ab 2010 **2010/069**
 - Bezuschussung
 - Zustiftung
7. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2010/121**
8. Erlass der Haushaltssatzung 2011 **2010/127**
9. Verschiedenes
- 9.1 Sachstand Klinik Ahrensburg
10. Kenntnisnahmen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 6 „2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer“ wird abgesetzt. Dafür wird der Tagesordnungspunkt 9 „Finanzierung der Stiftung Schloss Ahrensburg ab 2010“ vorgezogen und als neuer Tagesordnungspunkt 6 behandelt. Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung festgesetzt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06 vom 31.08.2010

Zu Tagesordnungspunkt 5 „Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt“ wird angemerkt, dass es bei dem negativen Bestand auf den städtischen Konten um keine Überziehung, sondern um eine Inanspruchnahme im Rahmen der zulässigen Kassenkreditemächtigung handelt.

Auf Nachfrage zu Tagesordnungspunkt 6 „Erlass der 2. Nachtragshaushaltsatzung 2010“ erklärt die Verwaltung, dass es in Sachen Notstromaggregat und Breitbandversorgung im Bereich Wulfsdorf keinen neuen Sachstand gibt.

Es werden keine weiteren Einwendungen vorgetragen.

5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der negative Bestand auf den städtischen Konten beträgt zurzeit minus 3,5 Mio. €. An routinemäßigen Ausgaben sind bis zur 47. KW rd. 7,2 Mio. € zu leisten. Mit dem nächsten Steuertermin Mitte November werden an Einzahlungen rd. 1 Mio. € an Grundsteuer und 4,2 Mio. € an Gewerbesteuer erwartet. Weiterhin wird Anfang November der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von rd. 365.000 € und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit rd. 1,95 Mio. € erwartet. Dies ergibt zusammen einen Saldo von rd. minus 3,1 Mio. €. Hinzu kommen noch Auszahlungen aus dem laufenden Betrieb.

Herr Kienel berichtet weiterhin, dass bei der Sparkasse Holstein ein Kredit von 5 Mio. € mit einer Laufzeit von 3 Jahren zu einem Zinssatz von 1,593 % aufgenommen wurde.

Das Haushaltssoll bei der Gewerbesteuer liegt zurzeit bei rd. 18,7 Mio. € (Planansatz 19 Mio. €).

6. Finanzierung der Stiftung Schloss Ahrensburg ab 2010
- Bezuschussung
- Zustiftung

Herr Conring äußert sich kritisch über die mit Vorlage Nr. 2010/069 vorgeschlagene Festbetragsbezuschussung in Höhe von 100.000 € für das Jahr 2010.

Trotz der jährlichen Unterdeckung müssen andere Wege gefunden werden, um den Etat der Stiftung auszugleichen. Herr Conring verweist in diesem Zusammenhang auf Absatz 1 des Schreibens des Innenministeriums vom 15.01.2007. Dort wird auf den Vorrang des Haushaltsausgleichs verwiesen.

Herr Sarach erklärt, dass die Ausstattung mit Stiftungskapital von Beginn an zu niedrig gewesen sei. Es müssen nun alle Fakten genannt werden, um Transparenz zu schaffen. Herr Sarach betont, dass der Stiftungsrat und Vorstand alles versucht haben, um die finanzielle Situation der Stiftung zu verbessern.

Bis Ende des Jahres werden nun konzeptionelle Überlegungen angestellt und diese dann den Gremien vorgetragen. Herr Sarach erklärt weiter, dass ein Termin bei der Stiftungsaufsicht in Kiel anstehe, um die jetzige Problematik sowie Satzungsfragen zu erörtern.

Grundsätzlich wird die besondere Bedeutung des Schlosses für Ahrensburg erkannt. Jedoch darf dies nicht dazu führen, dass die finanzielle Unterdeckung der Stiftung automatisch durch die Stadt ausgeglichen wird. Es müsse nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, um die finanzielle Lage der Stiftung zu verbessern, so die mehrheitlich Meinung der Mitglieder des Finanzausschusses.

Ein Ausschussmitglied merkt kritisch an, dass der Vertreter der Sparkasse in der Projektgruppe befangen sei. Die Zustiftung sei damals nur auf Anregung der Sparkasse zustande gekommen. Herr Sarach erwidert, dass sich die Sparkasse für die Stiftung einsetzt und ihn bei seinen Bemühungen unterstützt.

Herr Koch unterbreitet den Vorschlag, in diesem Haushaltsjahr 50.000 € als zusätzlichen laufenden Zuschuss an die Stiftung auszuzahlen und weitere 50.000 € als Zustiftung zu gewähren. Hierdurch würde sich die Situation in diesem Jahr verbessern. Alles Weitere wäre dann nach der Konzepterstellung zu beraten und zu beschließen. Für 2011 wird vorerst keine Verfahrensweise festgelegt.

Angeregt wird weiterhin, dass auch die Bürger Ahrensburgs um Mithilfe gebeten werden.

Abschließend wird über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, in 2010 einen zusätzlichen laufenden Zuschuss in Höhe von 50.000 € zu gewähren und eine Zustiftung von 50.000 € auszuführen. Die nicht erfolgte Zustiftung von 50.000 € ist bis zum Jahr 2018 nachzuholen.

Abstimmungsergebnis:

6 dafür

1 dagegen

Der Beschlussvorschlag zu 1. und 3. ist mit dem gefassten Beschluss hinfällig geworden.

7. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Beratung statt.

8. Erlass der Haushaltssatzung 2011

Der Haushalt wird nicht beraten, nur in Grundzügen diskutiert.

Der Vorsitzende, Herr Conring, nimmt eingangs zur Vorlage Stellung und weist insbesondere darauf hin, dass die Haushalte der Jahre 2011 ff. mit Risiken behaftet sind. So ist es nicht gelungen, 2011 den Ergebnishaushalt auszugleichen – obwohl 3,13 Mio. € (netto) Grundstückserlöse und Grundsteuererträge auf der Basis von 370 % Meßbetrag (+ 1,0 Mio. €) veranschlagt sind. Dies zeige, dass ein strukturelles Defizit bestehe, das auch bei steigenden Gewerbesteuern nicht auszugleichen sei. Ziel müsse es sein, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Hierzu werden grundlegende Annäherungen vermisst. Er verweist auf seinen Beitrag in der Einwohnerversammlung vom 29.06.2010 zur finanziellen Situation der Stadt. Danach lagen

- die Gewerbesteuern regelmäßig durchschnittlich unter 20 Mio. € und
- steige die Verschuldung seit 2006, unter Berücksichtigung der PPP-Projekte.

Herr Conring hält Einsparungen von durchschnittlich 3 Mio. € für erforderlich. Herr Kienel nimmt zum Vortrag Stellung, insbesondere im Rückblick auf 2010. Unter diesem Blickwinkel sei der Haushalt 2010, zum einen – wegen der hohen Neuverschuldung, zu 50 % zurückzuführen auf den Ankauf von Erweiterungsflächen für Gewerbe, und zum anderen – wegen der nicht veränderten Grundsteuern ein Problemfall gewesen. Dies war auch allen bekannt und wurde durch die Kommunalaufsicht entsprechend bestätigt (vgl. Genehmigungserlass). Hingewiesen wird darauf, dass nach Einführung der Doppik ein durchschnittlicher Afa-Betrag von rd. 4,5 Mio. € zu veranschlagen ist. Dies ist mit ein Grund für das benannte strukturelle Defizit.

Ein ausgeglichener Haushalt sei nur möglich bei Wegfall von Aufgaben = Aufwendungen. Dem stimmt der Finanzausschuss zu. Herr Conring verweist in diesem Zusammenhang auf die Darstellung der bereinigten Auszahlungen im Haushalt 2011 (Seite 22).

Der Bürgermeister fragt hierzu konkret nach. Allein das Angebot weiterer Krippenplätze in der Kindertagesstätte Pionierweg erfordere 2011 weitere zusätzliche 6 Stellen; dies seien 2011 anteilig bereits mehr als 100.000 €. Durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Erweiterung des Gebäudes um Krippenplätze sei dies aber nicht vermeidbar. Sollte der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder aber nicht umgesetzt werden, sei ggf. ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erforderlich, die Anforderungen an die Kommunen auf dem Klagewege anzufechten. Er führt ferner aus, dass er – z. B. bei Tiefbaumaßnahmen – die Höhe der Aufwendungen und Investitionen mehr auf die dortigen Kapazitäten ausrichten und somit ggf. reduzieren wolle.

Herr Stukenberg erbittet eine Auswertung des Haushalts zu Produktgruppen. Dies reiche als PDF-Datei. Die Verwaltung sagt dies zu. Er regt an, über eine „Verlangsamung“ von Planungstätigkeit nachzudenken (z. B. zu „Stadteingang West“?).

Frau Haase nimmt zur Grundsteueranhebung Stellung und betont, dass eine Anhebung aus Sicht der Verwaltung – wie auch 2010 bereits vorgetragen – erforderlich sei; das Maß liege im Ermessen der Politik. Ahrensburg als Mittelzentrum im Verdichtungsraum habe zwingend gegenüber kleineren Kommunen auch höhere Aufwendungen, z. B. durch Einrichtung und Unterhaltung einer Bücherei, Bäderbetrieb, um nur einige Beispiele zu nennen. Fakt sei ferner, dass ein Hebesatz von 300 % für Grundsteuern, auch bezogen auf Umlandgemeinden im Kreis und Städte in Schleswig-Holstein in vergleichbarer Größenordnung wie Ahrensburg, deutlich zu niedrig sei. Es müsse aus Sicht der Verwaltung somit ein Kompromiss durch Anhebung der Erträge und Reduzierung der Aufwendungen gefunden werden.

Einige Ausschussmitglieder sprechen sich gegen die Anhebung der Grundsteuern aus. Auf Nachfrage führt die Verwaltung aus, dass – sollte ein Antrag auf Gewährung einer Fehlbetragszuweisung gestellt werden – ob und Höhe der Zuweisung unbestimmt seien. Die Anzahl der Kommunen mit unausgeglichene Haushalten habe deutlich zugenommen, somit auch die Antragstellung.

Der Ausschuss wünscht sich Vorgaben der Verwaltung als Ansatz zur Reduzierung der Aufwendungen. An die Vorgabe, 10 bis 15 % der Aufwendungen zu reduzieren, hätten sich neben der Verwaltung auch die Fachausschüsse zu halten. Herr Bellizzi richtet sich daher auch an alle Fraktions- und Ausschussvorsitzenden mit der Bitte, einen ausgeglichenen Haushalt als Zielvorgabe anzustreben und mitzutragen.

Verkannt wird nicht, dass eine Vielzahl von Aufwendungen pflichtig ist. Dies gelte auch für Zuweisungen und Zuschüsse (Transferaufwendungen). Der Vorsitzende bittet die Verwaltung daher, Seite 24 ff. des Haushalts zu ergänzen um Angaben

- Was ist steuerbar, freiwillig?
- Auf welcher Grundlage basieren die Aufwendungen?
- Mit Wirkung zu wann?
- Wer ist zuständig?

Die Übersicht wird bis 10.11.2010 erbeten. Der Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass freiwillige Aufgaben im bestimmten Rahmen auch erhalten bleiben sollten. Denkbar sei aber z. B. eine Reduzierung der Aufwendungen durch organisatorische Veränderungen.

Anmerkung der Verwaltung:

Dem Protokoll wird eine überarbeitete Entwurfsfassung der Haushaltssatzung 2011 beigefügt.

9. Verschiedenes

9.1 Sachstand Klinik Ahrensburg

Auf Nachfrage nimmt Herr Sarach Stellung zu der neuesten Entwicklung bezüglich des Krankenhauses. Er erklärt, dass er genauso überrascht gewesen sei und ihm zurzeit keine Informationen zu dem geplanten Bau in der Hamburger Straße vorliegen. Die Stadt hat dieses Grundstück an die Firma Hamburger Grundstückskontor verkauft, die dieses Grundstück wiederum an die Asklepiosklinik weiter veräußert hat..

Sobald neue Informationen vorliegen, werden die städtischen Gremien hiervon informiert, sichert Herr Sarach zu.

10. Kenntnisnahmen

— e n t f ä l l t —

gez. Christian Conring
Vorsitzender

gez. Peter Röckendorf
Protokollführer